

IV.

Während des Meinungs austausches zu anderen internationalen Fragen unterstrichen die höchsten Repräsentanten der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik die Bereitschaft der auf der Tagung vertretenen Staaten, mit allen interessierten Ländern aktiv zusammenzuwirken, um bestehende Konflikte schnellstmöglich zu beseitigen und das Entstehen neuer Spannungsherde in Asien, Afrika, Lateinamerika und anderen Regionen der Welt zu verhindern.

Der Frieden ist unteilbar. Jeder lokale Konflikt kann sich in der gegenwärtigen gespannten internationalen Lage zu einem Konflikt großen, ja sogar globalen Ausmaßes ausweiten. Es ist notwendig, die imperialistische Politik der Gewalt und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie die Aggressionsakte entschieden zu beenden. Konfliktsituationen und Streitigkeiten zwischen den Staaten müssen friedlich beigelegt und das Recht eines jeden Volkes, seine Geschicke selbst zu bestimmen, uneingeschränkt geachtet werden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen den Kampf der Völker Lateinamerikas für Unabhängigkeit, für sozialen und ökonomischen Fortschritt. Sie verurteilten die aggressiven Handlungen gegen Nikaragua, das der Gefahr einer direkten bewaffneten Invasion ausgesetzt ist, und brachten ihre Solidarität mit diesem Land zum Ausdruck. Bekräftigt wurde die Unterstützung für das sozialistische Kuba, das nach wie vor bedroht wird. Die Probleme Mittelamerikas können und müssen ohne Einmischung von außen, mit politischen Mitteln gelöst werden, die Intervention, Drohungen und Druck ausschließen.

Die Teilnehmer der Tagung brachten ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß eine umfassende, gerechte und dauerhafte Regelung im Nahen Osten nur durch kollektive Anstrengungen aller interessierten Seiten und auf der Grundlage des vollständigen Abzugs der israelischen Truppen von allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten, der Verwirklichung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung und Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, und der Gewährleistung des Rechts aller Staaten dieser Region auf unabhängige Existenz und Entwicklung erzielt werden kann. Ein praktischer Weg hierzu wäre eine internationale Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO, bei Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Zur Lösung der Probleme des Nahen Ostens würde die Stärkung der Einheit der arabischen Länder und der palästinensischen Bewegung beitragen.